

yResolution der SPD-Bundestagsabgeordneten der größten deutschen Stahlstandorte

Gemeinsam an der Seite der Stahlarbeiter*innen -

Gemeinsam für die Zukunft der deutschen Stahlindustrie

Die Stahlarbeiter*innen und die SPD verbindet eine lange Geschichte. Eine Geschichte des gemeinsamen Kampfes für gute Arbeit, eine Geschichte der Zusammenarbeit, eine Geschichte des Vertrauens.

Heute steckt die Stahlindustrie in Europa in einer Krise – eine Krise, die die Zukunft eines starken Wirtschaftszweigs und die Zukunft vieler Beschäftigten bedroht. Ob im Saarland, in Bremen oder an der Ruhr – in ganz Deutschland blickt die deutsche Stahlindustrie in eine ungewisse Zukunft.

Wir treten ein für eine ökonomisch zukunftsfähige Stahlindustrie, die Arbeitsplätze sichert und die ökologischen Herausforderungen anpackt. Unternehmen und Politik müssen zum Erhalt der Standorte zusammenarbeiten. Dann wird Stahl in Deutschland Zukunft haben.

1. Der sauberste Stahl weltweit als Innovationsmotor vor Ort.

Wir wollen sauberen Stahl fördern und den Import von emissionsintensivem Stahl sinnvoll steuern.

Die Industrie der Zukunft trägt Verantwortung für einen ökologischen Wandel in der Welt. In den letzten 25 Jahren konnte durch Forschung und Entwicklung die CO₂-Emissionsbelastung durch die deutsche Stahlindustrie pro Tonne Stahl bereits um mehr als 22% verringert werden. Wir unterstützen weitere Innovationen, die dazu beitragen, Emissionen weiter zu verringern. Emissionen kennen keine Grenzen. Es wird nichts nützen den im Vergleich umweltfreundlicheren deutschen Stahl durch Importe zu ersetzen, wenn der importierte Stahl eine wesentlich schlechtere Umweltbilanz aufweist.

Die vergleichsweise hohen Umweltstandards in der deutschen Stahlproduktion, müssen Vorbild sein für die Stahlindustrie in Europa und der Welt. Deshalb ist unser Anspruch, dass diese im Rahmen der europäischen Handelspolitik bei der Bewertung der Außenhandelsbeziehungen mit einfließen. Es gilt daher auf europäischer Ebene zu prüfen, inwieweit durch Konzepte wie eine sog. „Green-Border-Tax“, die Einhaltung von Umweltstandards als Standortvorteil geschützt werden können. Das Bundeswirtschaftsministerium ist hier gefordert Vorschläge zu formulieren, wie in Kooperation mit der Europäischen Union das Ziel einer „Green-Border-Tax“ umgesetzt werden kann.

Damit die deutsche Stahlindustrie auch zukünftig noch die sauberste Stahlindustrie weltweit bleibt, braucht es mehr Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, die sich insbesondere durch Förderung von Forschung und Entwicklung zur ökologischen Herstellung von Grundstoffen zeigen muss. Das Ziel muss dabei sein, langfristig eine CO₂-neutrale Stahlproduktion zu ermöglichen.

Dazu ist die Versorgung mit erneuerbare Energien notwendig, um das Ziel einer CO₂-neutralen Stahlherstellung zu erreichen – hierzu müssen Länder, Bund und Europa ihren Beitrag leisten. Dies umfasst neben der Erzeugung der nachhaltigen Energie insbesondere auch den Ausbau der Energieinfrastruktur – und speicherung.

2. Gute und mitbestimmte Arbeitsplätze auch in Zukunft sichern.

Wir wollen, dass keine Region auf der Strecke bleibt. Wir wollen nicht, dass der Klimawandel auf dem Rücken der Beschäftigten bewältigt wird. Eine zukunftsfähige Stahlindustrie sichert auch in Zukunft gute und mitbestimmte Arbeitsplätze. Gute Arbeit bedeutet Teilhabe und Teilhabe ermöglicht ein gutes Leben. Deshalb müssen wir die politischen Instrumente zielgenau darauf ausrichten, dass Arbeitsplätze zukunftsfest erhalten werden können.

Klar ist dabei, dass die Unternehmen hier eine große Verantwortung tragen. Die Betriebe sind leistungsfähig. Die Beschäftigten sind gut qualifiziert. Wir erwarten, dass die Unternehmen sich ihrer Verantwortung gegenüber der Belegschaft bewusst sind und notwendige Investitionen zum Erhalt der Standorte tätigen.

Die Beschäftigten sind ein Standortvorteil für die deutsche Stahlindustrie. Durch die Montanmitbestimmung leisten die Beschäftigten, neben ihrer täglichen Arbeit, durch die Ausübung echter Mitbestimmungsrechte einen großen Beitrag für die Betriebe. Die Beschäftigten haben ihre Verantwortung wahrgenommen.

Politik kann die Betriebe in schwierigen konjunkturellen Lagen unterstützen. Eine wichtige Maßnahme ist dabei das Kurzarbeitergeld. Gerade in großen Betrieben muss manchmal zum Erhalt der Arbeitsplätze schnell reagiert werden. Ob in der Finanzkrise 2008 oder in regionalen Stahlkrisen - das Kurzarbeitergeld hat seine Eignung als Instrument zum Erhalt von Arbeitsplätzen unter Beweis gestellt. Insbesondere durch die Einführung von einer konkreten Verordnungsermächtigung zur Flexibilisierung des Instrumentes, müssen wir die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen verbessern und effektiver gestalten.

3. Weiterbildung

Wir wollen auch, dass alle Stahlarbeiter*innen eine klare Perspektive für die Zukunft bekommen. Das beste Stellensicherungsinstrument ist für uns die Qualifikation und Weiterbildung – denn Innovation braucht die klügsten Köpfe.

Neben dem geschaffenen Qualifizierungschancengesetz, mit dem der Bund die Möglichkeiten der Weiterbildung für die Beschäftigten erheblich erleichtert hat, braucht es nun eine weitergehende Förderung, um im bestehenden Transformationsprozess der Stahlindustrie den Beschäftigten eine Zukunft in Beschäftigung zu ermöglichen. Hierzu braucht es höhere Zuschüsse an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer für Weiterbildung sowohl im Bereich des Entgeltes als auch bei den Weiterbildungskosten.

Wir sind bereit, die Betriebe zu unterstützen, die Forschung voranzutreiben, notwendige Investitionen zu tätigen und Arbeitsplätze zu sichern. Wir erwarten aber auch, dass sich die Unternehmen zum Stahlstandort Deutschland bekennen. Das bedeutet zu allererst einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen.

Wir SPD-Bundestagsabgeordnete aus den 20 größten Stahlstandorten Deutschlands haben uns zusammengeschlossen. Wir sind uns sicher: Der Stahlstandort Deutschland hat Zukunft.



Sarah Ryglewski, MdB



Josephine Ortleb, MdB



Bärbel Bas, MdB



Mahmut Özdemir, MdB



Johannes Kahrs, MdB



Dagmar Schmidt, MdB



Johannes Fechner, MdB



Stefan Zierke, MdB



Elisabeth Kaiser, MdB



Dagmar Ziegler, MdB



Ulrike Bahr, MdB



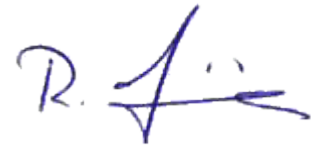
Christian Petry, MdB



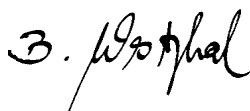
Heiko Maas, MdB



Ralf Kapschak, MdB



Rainer Spiering, MdB



Bernd Westphal, MdB



Susann Rührich, MdB



Udo Schiefner, MdB